

Lübbenauer mahnen mehr Tempo an

Arbeit an Bahn-Lösungen stockt / Demonstration am 6. Januar am Übergang

Lübbenau Noch im März überschlugen sich die Beteiligten mit Superlativen: Durchbruch, Meilenstein, Grundlage sei die Unterzeichnung der so genannten Kreuzungsvereinbarung, mit der sich die unterschiedlichen Partner zur Arbeit und vor allem zur Umsetzung der Bahnlösungen an den Übergängen in Lübbenau bekennen. Doch mittlerweile, so scheint es, steht der Meilenstein unbeachtet am Wegesrand.



An der Ecke Straße des Friedens/Güterbahnhofstraße soll am 6. Januar mehr Tempo bei den Bahn-Lösungen gefordert werden. Foto: Jan Gloßmann

"Wir verlieren Woche um Woche, das muss nicht sein", sagt der Vorsitzende der Bürgerinitiative "Drunter oder drüber", Uwe Pielenz. Grund des Unmuts: Trotz inhaltlicher Klarheit zu den Plänen schmoren die Papiere beim Eisenbahn-Bundesamt. Dort sollte entschieden werden, ob sich das Amt als Genehmigungsbehörde für zuständig hält. Wenn nicht – und so war es avisiert – sollte es eine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht geben, um den Prozess rechtssicher fortführen zu können. Doch noch fehlt die nötige Unterschrift aus dem Eisenbahn-Bundesamt, heißt es bei der Bürgerinitiative

in Lübbenau. Was alle Beteiligten für eine Formalie hielten, sorgt nunmehr für einen stockenden Fortgang.

Pielenz: "Wir wollen nicht vergessen werden." Deshalb will die Initiative am 6. Januar auf das wichtigste Verkehrs-Vorhaben Lübbenaus für die kommenden Jahre aufmerksam machen. Es soll ab 17 Uhr eine Mahnwache am Bahnübergang in der Straße des Friedens an der Kreuzung zur Güterbahnhofstraße geben. Dazu seien alle Lübbenauer aufgerufen. Der Bahnübergang ist Symbol: Vor gut vier Jahren ist er geschlossen – offiziell: stillgelegt – worden. Die Bahn hat damals ein elektronisches Stellwerk in Betrieb genommen, die Stadt die Schließung der Verbindung zwischen Alt- und Neustadt akzeptiert. Geknüpft ist die Akzeptanz an den Fortschritt in den Bemühungen um eine Lösung der Verkehrsprobleme. Diese Fortschritte waren bis zum Frühjahr nicht zu leugnen.

Nunmehr wächst die Furcht in Lübbenau, möglicherweise in die Mühlen des Ministerwechsels in Berlin zu geraten, obwohl beispielsweise Finanzierungszusagen zu dem insgesamt fast 30 Millionen Euro teuren Vorhaben vorliegen.

Jan Gloßmann

"Für ein schrankenloses Lübbenau"

Mahnwache von Bürgern am Bahnübergang / Eisenbahnbundesamt: Entscheid Ende Januar

Lübbenau Mit einer Mahnwache haben am Montagabend Dutzende Lübbenauer ihren Unmut über die schleppende Arbeit an den Bahn-Lösungen in der Stadt kundgetan. Aufgerufen hatte die Bürgerinitiative "Drüber oder drunter".



So sollen die Verkehrslösungen an und zwischen den Bahnübergängen und an der Güterbahnhofstraße in Lübbenau aussehen. Von Boblitz (oben im Bild) kommend, wird der Verkehr über Kreisel in die Altstadt bzw. auf die heutige Güterbahnhofstraße (rechts) zu den Kreisverkehren an der Straße des Friedens (unten) und zur Berliner Straße geführt. Planerisch ist alles vereinbart, formal aber hängt das Vorhaben an Unklarheiten über die zuständige Genehmigungsbehörde. Baubeginn ist nicht vor 2017. Foto: Landesbetrieb für Straßenwesen

Die Karikatur mit zwei frustriert an Lübbenauer Schranken lehrenden Gestalten stammt aus dem Jahr 2004. Lutz Anke aus Dresden hat sie vor nunmehr gut zehn Jahren im Spreewald-Pleinair gezeichnet – leider ist die Karikatur noch immer aktuell. Sie zielt eine neue Postkarte, mit der die Bürgerinitiative "Drüber oder drunter" neuen Druck machen will auf die Verantwortlichen (siehe Kasten).

Die Karte gab es am Sonntag beim Neujahrsempfang der Stadt und am Montagabend bei der Mahnwache, zu der die Bürgerinitiative "Drüber oder drunter" aufgerufen hatte. "Wir wollten 2014 oder 2015 hier die ersten Bagger sehen", sagte der Sprecher der Bürgerinitiative, Uwe Pielenz, am Abend am stillgelegten Übergang in der Straße des Friedens. Das aber werde wohl auch in den kommenden zwei Jahren nichts. Seit nunmehr vier Jahren komme die Stadt mit dem stillgelegten Übergang in der Straße des Friedens – was eine zusätzliche Trennung von Alt- und Neustadt bedeutet – den Partnern vor allem bei der Bahn entgegen. Das "schrankenlose Lübbenau" bleibe ein Generationsprojekt, das seit Monaten gebremst wird durch eine fehlende Entscheidung über die Planpapiere, die beim Eisenbahnbundesamt in Bonn liegen.



Mahnwache am Montagabend: Die Lübbenauer fordern Entscheidungen und keine halben Sachen. Foto: Jan Gloßmann Wie ein Sprecher des Eisenbahnbundesamtes am Montag gegenüber der RUNDSCHAU sagte, soll das Verfahren in der Behörde zum Ablehnungsbescheid bis voraussichtlich Ende Januar abgeschlossen sein. Es seien keine Formalien, sondern ein zu betrachtender Einzelfall.

Bürgermeister Helmut Wenzel warnte am Montagabend davor, dass durch die Verzögerungen nicht der Eindruck entstehen dürfe, "dass das auf Dauer so bleiben kann". Nach den jüngsten Verlautbarungen sind für die Umbauten insgesamt mindestens 27 Millionen Euro veranschlagt. Bund und Bahn tragen davon je etwa neun Millionen, die Stadt Lübbenau muss etwa 5,6 Millionen Euro schultern, der Landesbetrieb für Straßenwesen 2,7 Millionen. 600 000 Euro sollen vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz kommen.

Zum Thema:

Ministerpräsident **Dietmar Woidke** (SPD), Bahnchef **Rüdiger Grube** und der Präsident des Eisenbahnbundesamtes, **Gerald Hörster**, sollen in den nächsten Tagen möglichst viel Post bekommen. Die Bürgerinitiative "Drüber oder drunter" hat eine Postkartenaktion gestartet. Mit einer Karikatur und dem Slogan "Wir warten" wird auf den gegenwärtigen Stillstand der Bemühungen um die Bahn-Lösungen in Lübbenau hingewiesen. Gedruckt wurden jeweils 500 Karten.

Jan Gloßmann